

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdenerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22½ Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Spanbauerbrücke 3, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Der todte Schulze gegen den lebenden Lassalle.

III.

Heute, Herr Schulze, wollen wir einmal gemüthlich sein — zum Andern haben wir ja immer noch Zeit.

Sie haben sich gebessert, Herr Schulze; das beweisen unzweideutig Ihre Bemerkungen über L. Blanc. Man hat Sie — wir bekennen es mit Freuden — schwer verläumdert, als man behauptete, Sie seien der Besserung nicht zugänglich.

Aber freilich, Ihre Besserung ist noch nicht nachhaltig, Sie haben Rückfälle. Was sagen Sie denn z. B. da in der Anmerkung?

Wenn ich im Arbeiterlatechismus Seite 82 als Versuche einer Staatsindustrie anführt: „die Vorschläge von L. Blanc und die Nationalwerkstätten von 48 in Frankreich“, so ist das vollkommen so gemeint, wie es daselbst, d. h. beide Dinge sind als zwei Beispiele nebeneinander gestellt und von Herrn Blanc eben nur Vorschläge, welche nie realisiert wurden (in der Commission des Luxemburg) behauptet, keineswegs die wirklich executirten Nationalwerkstätten auf seine Rechnung gesetzt, da er nur als Mitglied der provisorischen Regierung für die letzteren eine allgemeine Mitverantwortlichkeit hat.

Nein, Herr Schulze, so steht die Sache nicht. Ihre früheren Worte: „die Vorschläge von L. Blanc und die Nationalwerkstätten von 48 in Frankreich“ haben den unläugbaren Sinn, daß Sie Beides, die Nationalwerkstätten sowohl wie die Vorschläge L. Blanc's als von den Socialisten ausgehend hinstellen wollten. Nachdem man Ihnen nun unwiderleglich nachgewiesen, daß die Nationalwerkstätten, von denen Sie, den Versicherungen unwissender oder wissentlich lügender Zeitungsschreiber glaubend, annahmen, sie seien ein Experiment der Socialisten gewesen, von den Gegnern der Socialisten, als Mittel gegen den Socialismus begründet wurden, so daß also auch, Sie stark Rückfälliger, L. Blanc durchaus nicht eine „allgemeine Mitverantwortlichkeit“ hat — nachdem man Ihnen dies unwiderleglich nachgewiesen, versuchen Sie es sich herauszu — — — doch still, wir haben ja verabredet, heute gemüthlich zu sein, und diese Geschichte ist äußerst ungemüthlich.

Sie meinen weiter (pag. 38), L. Blanc habe die „Macht gehabt, über die Staatsmittel zu diesen (den socialistischen) Zwecken zu verfügen.“ Das ist historisch unwahr, Herr Schulze; in jedem Geschichtsbuch, welches bis auf jene Zeit geht, können Sie finden, daß L. Blanc in der Provisorischen Regierung in der Minderheit war, demnach jene Macht nicht hatte. Aber freilich, Herr Schulze, darin haben Sie Recht und wir sind die Ersten, die Ihnen hierin bestimmen: daß L. Blanc nicht diejenige practische Thatskraft und Befonnenheit gezeigt hat, welche der socialistischen Sache in Frankreich hätte zum Siege verhelfen können. Aber Sie sehen ein, daß dies ein Vorwurf gegen die practische Befähigung

L. Blanc's ist, nicht gegen den Inhalt seiner Theorie.

Doch wozu mühen wir uns ab, Ihnen dies auseinanderzusetzen — Sie selbst haben ja — doch hier kommen wir auf Ihre Besserung.

Wie, Herr Schulze, haben wir recht gelesen? In der That — Sie sind der Mann der Ueberraschungen. Sie überraschen Ihren Leser nicht nur dadurch, daß Sie die Koryphäen Ihrer Wissenschaft herunterreißen — Sie überraschen ihn weiter in noch ungleich höherem Maße durch eine Lobhymne auf den socialen Staat L. Blanc's?

Ja, sagen Sie nur, bester Herr Schulze, warum wir uns eigentlich noch in den Haaren liegen?

Nachdem Sie, Anstands halber — denn Sie sind tief erfüllt von der Klugheitsregel, daß der vorsichtige Mann sich immer ein Hinterbüchlein offen lassen soll — Ihren Lesern versichert haben, die Theorie L. Blanc's sei eigentlich ein „Hirngespinnst“, fahren Sie begeistert fort, wie folgt:

Wenn der Staat es wirklich ermöglichte, die ganze Privatindustrie zu expropriiren und ihre Etablissements seinen Arbeiterassociationen zu übergeben, so möchte sichtlich von den weiteren Einrichtungen die Rede sein, welche L. Blanc daran knüpft. Denn da der Staat selbst Herr der Etablissements wird, die Associationen gründet und leitet, da sich demnach die sämtlichen Industrie-Etablissements in seinen Händen zu einer einheitlichen Staatsindustrie concentriren, so wird im Staatsgebiete wenigstens die Concurrenz unterdrückt, und gegen das Ausland kann durch Schutz- oder Prohibitiv-Zölle das Geringste festgestellt werden. (!!) Selbst das Risiko fällt, allerdings nicht an sich, wohl aber für die Einzelnen insofern fort, als dieselben gar nicht als Unternehmer auftreten, als man die davon betroffenen Etablissements und die darin beschäftigten Arbeiter gegen die Folgen schlechter Geschäfte durch Uebertragung der Ausfälle auf sämtliche industrielle Etablissements aller Gattungen im ganzen Lande schützt, den Verlust unter sämtliche Staatsangehörige vertheilt, das Risiko mit einem Worte von den Schultern der Einzelnen auf die der Gesamtheit wälzt. Und das mit Fug und Recht, weil diese Gesamtheit, der sociale Staat, eben die Rolle des allgemeinen Unternehmers übernommen, die ganze Industrie zu seiner Domaine gemacht hat, und über den Gewinn im allgemeinen Interesse verfügt. (!)

Wie? Das Alles steht wirklich in Ihrer Schrift, Herr Schulze? Wenn das mit Ihnen so fortgeht, so erleben wir es ja, daß Ihr Freund Reichthum, wenn er den Kindern — „den“ oder „seinen“ Kindern (je nachdem) — Angst machen will, ihnen zuruft: „der Communist Schulze kommt.“

Es muß doch ein gefährlicher Mann sein, dieser Lassalle, daß Sie, um ihn zu verkleinern, selbst L. Blanc erheben.

Sie erklären also, der Vorschlag L. Blanc's lasse sich hören — der sociale Staat, wie dieser ihn im Auge hat, der könne vernünftiger Weise das Risiko von den Schultern der Einzelnen auf die der Gesamtheit wälzen — und dies „mit Fug und Recht“ — und über die Ergebnisse der

Arbeit könne im allgemeinen Interesse verfügt werden — die Concurrenz und die Trennung von Unternehmer und Arbeiter könnten in Wegfall kommen. — Das gehe Alles ganz gut und greife ganz consequent ineinander.

Der sociale Staat, wie ihn L. Blanc sich denkt, ist nicht ganz, was wir wollen — indessen, so genau soll es uns für jetzt nicht darauf ankommen.

Aber wissen Sie denn nicht, Herr Schulze, daß der ganze Vorschlag Lassalle's nichts weiter sein soll, als eine Bezeichnung der Mittel und Wege, wie man die Verwirklichung des socialen Staates anbahnen könne. Wissen Sie nicht, daß, was Lassalle zunächst vorschlug, nicht das Ziel, sondern ein Mittel ist. Wenn Sie es nicht wußten, Herr Schulze, so hätten Sie es hundertmal in diesem Blatte lesen, hätten Sie es noch jüngst in der Alhambra eingehend ausgeführt hören können — ja es steht, in den ausdrücklichsten Worten, im „Pastiat-Schulze“ selbst.

Welche Bedeutung schreibt Lassalle seinem Vorschlage zu? Er sagt, derselbe enthalte in seinen unscheinbaren Anfängen den ganzen Keim des Zukünftigen. Also verstehen Sie wohl: was Lassalle vorschlug, war nur der Anfang, nicht das Ende, die Einleitung, nicht der Text — es war, um obiges Bild weiterzuführen — nicht der Baum mit den gereiften Früchten, es war nur das Samentorn, das in die Erde fällt.

Und sehen Sie, Herr Schulze, es ist eine merkwürdige Sache mit unserer Gegnerschaft:

Wir waren bescheiden, wir verlangten nur einen kleinen Anfang; wir wußten zwar, daß das Uebergangsstadium, gleich jedem Uebergangsstadium, seine Unzuträglichkeiten haben würde (in wie weit gerade die, welche Sie behaupten, wird sich später zeigen); aber wir dachten, es sei der Probe werth und werde, ob auch unter mancherlei Schwierigkeit, vorwärts und endlich zum Ziele führen.

Und da kommen Sie jetzt, Sie Wohlwollender, und setzen uns auseinander: „Ihr lieben Leute! Was wollt Ihr Euch mit diesem Uebergangsstadium aufhalten? Seht Ihr denn nicht, daß dieses Uebergangsstadium mit manchen Unzuträglichkeiten verknüpft wäre, die wegfallen, wenn Ihr Euch das Uebergangsstadium, diesen Kampf des Neuen mit dem Alten, sparen und den Staat, wie Ihr ihn wollt, gleich voll und glatt hinstellen könntet. Glaubt mir, die Sache selbst ist ganz gut und vernünftig, aber warum wollt Ihr Euch lange unterwegs aufhalten, — frisch weg an's Ziel!“

Und das sagen Sie uns, die man uns als Gegner vertrieben hat — das, Herr Schulze, predigen Sie den deutschen Arbeitern?

In unsere Arme, Bruderherz!

Berlin, 27. Januar.

Ueber den preussischen Verfassungs-Conflict und die deutsche Frage spricht sich der von uns gestern erwahnte Anfsatz im neuesten Heft der Cotta'schen deutschen Vierteljahrsschrift weiter wie folgt aus:

Es ist daher moeglich, das der Liberalismus in nicht zu langer Frist Erfolg hat, in so weit es sich um Aufloesung der alten Verhaeltnisse zu handeln hat; aber wird der Staat (der preussische ist naeuerlich gemeint) die noethige Umbildung ertragen koennen, und nicht vielmehr in diesem Prozeess selbst zusammenbrechen? Das constitutionelle System haette dann eine groesse Wirkung gehabt; aber das Resultat waere kein constitutionelles Preussen, sondern ein Traeumerhaeuse als constitutionelles Material faer eine neue Staatenbildung.

Sieht man ab von den theokratisch-romantischen Zierathen und den eigennuetzigen Tendenzen der Conservativen, so liegt der Kern ihrer Bestrebungen darin, das alte Preussenthum gegen den Andrang zu vertheidigen. Es fehlt den Conservativen, nach Errichtung der Verfassung, am Rechtsboden. Aber sie halten sich an die bestehenden Zustaeende der Preussischen Monarchie. Man ruuft das Noethrecht an: die Lebensbedingungen des alten Preussenthums gelten mehr, als geschriebene Gesetze. Die constitutionelle Theorie hat diesen Punkt meist zu leicht genommen. Die Verfassung weis nichts von einem obersten Kriegesherrn; aber die Conservativen stellen ihn aus dem Altpreussischen Erbthum dem erst im Werden begriffenen constitutionellen Koenig entgegen; wie im Militarwesen, soll der Koenig in der Verwaltung, in den Finanzen, wohl gar in der Justiz, persoenlich entscheiden, wie Friedrich der Groesse gethan hat, dessen Minister nur erpedirende Secretaere waren. Doch bringen die Conservativen auch wieder zu wenig in Anschlag, das die Grundlagen dieses Aufbaues sich seit 1806 nach und nach und immer maechtiger geaendert haben. Man sieht nicht, das das persoenliche Regiment nur in die Zeit paest, wo der Absolutismus unbedingt und der Koerlichkeit die letzte Instanz war.

Das Problem, welches der Loesung harret, erhaelt endlich Verbindungen, von denen schwer zu sagen ist, ob sie die Aufgabe der zur Mitwirkung Berufenen erschweren oder leichtern. Die Preussische Verfassungsfrage steht in Verbindung mit der Deutschen Verfassungsfrage. Graf Bismarck sucht hier die Altpreussische Methode beizubehalten, welche vor der Hand die bequeme zu sein scheint, indem er dem Deutschen Bund gegenueber Groessmachtpolitik anzuwenden sucht. Graf Bismarck will keine Bundespolitik, wie sie die Goethaische Majoritaet des Abgeordnetenhauses auch nicht will; aber das Mittel ding von Deutschen und Preussischer Politik, wie es die Goethaer wuenschen, indem sich Preussen aus Deutschem Beruf an die Spitze von Deutschland stellen soll, ohne das sie sagen, wie das moeglich gemacht werden kann, will er auch nicht; und da bleibt ihm kaum etwas anderes uebrig, als der schon bezeichnete, ganz und gar schwarz-weiisse Standpunkt. — Bis zu einem gewissen Grade wird es gelingen, den Preussischen Staat ganz unabhaeugig von Deutschland zu behandeln und alle Combinationen auf die isolirten Machtverhaeltnisse zu stuetzen. Der Preussische Staatsmann kann dabei von den Deutschen Fragen ganz absehen, oder sie ganz als aemwaertige Angelegenheiten behandeln. Nur ist die Thatsache nicht mehr fortszuschaffen, das die Deutsche Frage bereits in den Preussischen Staatskoerper einge drungen ist, und mehr zur inneren Frage wird. Aeuferdem duldet Preussens geographische Zerissenheit keine Sonderstellung mehr. Die Zeit ist vorueber, in Deutschland eroebernd aufzutreten. Das Preussische Volk wird sich nicht mehr faer Eroeberung in Deutschland begeistern. Noch giebt es Reste von Altpreussischem Particularpatriotismus, aber es sind Reste. Sie sind im Abnehmen, sie haben keine Zukunft mehr. Alles ist aufgehoben, durch die Erfolge in Schleswig-Holstein Altpreussische Stimmung herbeizufuehren: es ist nicht gelungen. Die „friedliche Eroeberung“ hatte schon groesseren Eindruck gemacht, aber da sie auf Kosten des Alterthums ging, so ist man davon abgestanden.

Der Verfasser ist, ruecksichtlich der Frage, was daraus werden soll, der Ansicht, das durch bloesse Verfassungsaenderungen nicht zu helfen sei, was sehr erkuendlich ist, und faehrt fort:

Es treten Forderungen auf, welche nur durch die Deutsche Nationalentwicklung werden befriedigt werden. Die kleineren Deutschen Staaten erkennen an, das Preussen groesser ist als sie, aber nicht groess genug, um sie zu annektiren. In Preussen selbst faehlt man eine gewisse Groesse, aber im Ganzen bleibt sie ungenuegend. Nur Deutschland wird die innere Ruhe und die aeuessere

Groesse verbuergen koennen. Der Auespruch Friedrich Wilhelm IV.: „Preussen soll in Deutschland aufgehen,“ wird wieder zu Ehren kommen, wenn man sich klarer darueber geworden ist, das Deutschland nicht in Preussen aufgehen wird. Friedrich Wilhelm IV. war kein Staatsmann, am wenigsten ein Preussischer Staatsmann. Das eigentliche Preussenthum war ihm fremd. Umsoeher war er geneigt, den Blick in die Weite zu richten, und in erregter Stimmung that er jenen inhaltschweren Auespruch, den er selbst nicht naeher zu fassen, noch weniger auszufuehren vermoehte. Die Verhaeltnisse waren auch noch nicht reif. Aber sie reisen heran, und wie Europa, so wird auch Deutschland seine Veraenderungen erfahren, sobald statt der blos conservirenden, statt der blos kritisirenden, endlich die den Drang der Nation verstehenden schpferischen Volksvertreter und Staatsmaenner kommen werden.

Gluecklicher Weise giebt es in Deutschland doch noch Maenner, welche sich nicht scheuen, aus gewissen, einmal als Wahrheit erkannten Voraussetzungen auch die logisch sich ergebenden Schlussfolgerungen zu ziehen. Ja, gluecklicher Weise stellt es sich immer deutlicher heraus, das der Tage des Fortschrittler- und Goethaerthums nur noch wenige sein werden und es nun endlich einmal heissen wird:

„Die Welf, die Waiblingen!“

Deutschland.

* Berlin, 27. Jan. [Vom Landtag.] Die Commission faer den Bismarck'schen Antrag wegen Lauenburgs hielt gestern eine Sitzung, in welcher alle Mitglieder voellzuehlig veriammelt waren, jedoch kein Vertreter der Regierung zugegen war. Ueber die Sitzung wird berichtet:

Der Referent Twesten empfaehlt den Inhalt des Bismarck'schen Antrages. Die Rechtsfrage sei durch den Verfassungsartikel 55 unzweifelhaft dahin zu beantworten, das auch eine Personal-Union Lauenburgs die Zustimmung des Landtages erfordere. Unter dem Verfassungs-Aeusdrucke „fremd“ sei offenbar „aueser preussisch“, und unter „Reich“ Staat zu verstehen, gleichviel, ob von groesserer oder geringerer Umfange. Auch der Artikel 48 unterstaetze den Antrag. Neben dem Rechtspunkte betonte Referent den politischen Standpunkt. Die Vortheile des Krieges duerften dem Lande nicht entzogen werden; das widerspreche Preussens Traditionen. Ferner verbeisse die Eröffnungsbrede dem Herzogthume aus seiner Verbindung mit Preussen Schutz und Vortheile, die nur aus Landesmitteln gewaehrbar seien. Uebrigens erklae Referent materiell sich bereit, faer Lauenburgs Vereinigung mit Preussen zu stimmen, da fremde Erbansprueche nicht bestaenden. Er empfaehle folgende Faassung: „Die Vereinigung Lauenburgs mit der Krone Preussens ist rechtsunaegultig, so lange nicht die verfassungsmaeessige Zustimmung beider Haueser des Landtages erfolgt.“ Der Abg. Dr. Birchow stimmt dem Referenten bei, wuenscht jedoch die volle Beibehaltung seines Antrages. Der Bors. Gneiss erklart sich in einem laengeren Vortrage faer Twesten. Auch ohne Artikel 55 folge aus dem Begriffe des Constitutionalismus die Noethwendigkeit der Zustimmung des Landtages zur realen Personal-Union. Die Regierung habe dies bei dem Ansfalle der Hohenzollern'schen Lande anerkannt. Die Debatten wurden geschlossen, doch eine Abstimmung noch nicht vorgenommen, da die Regierung noch einmal zur Theilnahme aufgefordert werden sollte. Auf Antrag Schulze's wurde beschloffen, die Regierung um Auskunft zu ersuchen, woher die Mittel zur oesterreichischen Abfindung gefloessen. Die naechste Sitzung wird Anfang naechster Woche stattfinden.

Die Handels-Commission des Abgeordnetenhauses beantragte faer eine Postreform-Petition Ueberweisung an die Regierung. Der Regierungs-Commissar Weugel erklarte, die Regierung werde vermuthlich noch in der gegenwaertigen Session ein Postgesetz vorlegen. Eine Postreform-Petition soll ebenfalls der Regierung zur Beruecksichtigung Behufs Herbeifuehrung eines einstufigen Postgesetzes ueberreicht werden. Der General-Post-Director v. Philippsoern war in der Commission gegenwaertig.

— [Den Redakteur May betreffend.] wird aus den Elberzuegblaeimern, aus Altona, telegraphirt, das, nach der „Laedeker Eisenbahn-Zeitung“, die Altonaer Militaerbehoeerde dem Redakteur May den erbetenen Schutz mit dem Bedeuten zugesichert habe, der Kaiser entferne seine Truppen zum Schutze holscheinsicher Bueurger, nicht aber zu widerrechtlichem Polizeidienste.

— [Ueber die 30,000 Thaler-Schenkung an Schulze-Delitsch] berichtet die „Weserztg.“, das in diesen Tagen die Bildung des Stiftungsrathes der Schulze-Delitsch-Stiftung stattgefunden

habe. Zweck der Stiftung, deren Kapital 30,000 Thaler betraegt, soll sein: Befoeldung von Maennern, welche sich hervorragende Verdienste um „das Genossenschaftswesen“ (nach dem sogenannten Schulze'schen Princip) erworben haben. Zum Syndicus der Stiftung ist der Advocat Henneberg in Gotha ernannt. Mitglieder des Stiftungsrathes sind: Bennigsen (Hannover), Fr. Dunder (Berlin), Reichenheim (Berlin), Schenk (Wiesbaden).

— [Preussische Press-Schicksale.] Gestern verhandelte die siedente Deputation gegen den Redakteur der „Volkstztg.“, Hr. Goldheim, den bekannten Prozeess wegen Beleidigung des Nassauischen Hauptmanns Bogler. Der Angeklagte und dessen Vertheidiger, Rechtsanwalt Peralow, traten einen ausgedehnten Beweis der Wahrheit darueber an, das Bogler wirklich excentrisch und exaltirt sei, und das er seinen Namen unter vielen Schriftstuecken „v. Ogler“ unterzeichnet habe. Der Gerichtshof lehnte diesen Beweis als unerheblich ab und verurtheilte den Angeklagten wegen einfacher Beleidigung zu 20 Thlr. Geldbuesse, indem er nur die Behauptung in Betreff der Namensunterschrift als beleidigend erachtete. — Hierauf wurden mehrere Prozeesse gegen die „Staatsbuurger-Zeitung“ verhandelt. Im ersten Falle war der Literat Kraemer als Verfasser und der Redakteur Richter aus S. 37 des Pressgesetzes wegen eines mehrere Polizeibeamten verleumdenden Artikels angeklagt. Der von Kraemer angetretene Beweis der Wahrheit misslang und der Gerichtshof verurtheilte Kraemer zu 4 Wochen Gefaengnis und Richter zu 20 Thlr. Geldbuesse. Zwei andere Anklagen waren gegen Richter allein gerichtet. Die eine lautete auf Beleidigung des Buurgermeisters Lange in Bernau und wurde der Angeklagte in diesem Falle zu 15 Thlr. Geldbuesse verurtheilt; die andere Anklage lautete auf Majestaetsbeleidigung und wurde unter Ausschluss der Oeffentlichkeit verhandelt. Dem Vernehmen nach beantragte der Staatsanwalt in diesem Falle 2 1/2 Monate Gefaengnisstrafe (und Entziehung und Ehrenrechte?), der Gerichtshof sprach jedoch den Angeklagten frei. — In Bielefeld ist die neueste Nummer des „Daheim“ wegen eines Artikels „Am Vorabend des Staatsstreiches“ vom Verfasser des „Die man kaiserliche Manuscripte druckt“ mit Beschlagnahme belegt worden.

* Wien, 23. Jan. [Eindruck der franzoesischen Thronrede.] Eine Voerriennaechricht in Betreff derselben. Alle Blaetter bestaetigen, das die Thronrede Napoleons hier einen unguenstigen Eindruck gemacht habe. Der „M. Z.“ schreibt man von hier:

Das Louis Napoleon seiner angeblieh so herzlichen Beziehungen zu Oesterreich auch nicht mit einer Sylbe gedenkt, beruehrt hier um so empfindlicher, je genauer man bereits den Passus kennen wollte, womit die Thronrede die vermeintliche Saewerung unserer Politik begruesen wuerde. Statt dessen eifsiges Stillschweigen bezaeglich Oesterreichs und in Betreff der schleswig-holscheinschen Frage eine knappe, vieldeutige Buehrse. Die Boerse will zwar wissen, die Thronrede habe urspruenglich eine wohlwollende Aeueuerung faer Oesterreich enthalten, die auch dem kuerstigen Metternich in Paris zur Beguetachtung vorgelegt worden sei. Da der Satz aber an die Verhandlungen wegen des Handelsvertrages angeknuepft habe, so sei unser Gelaendter der Ansicht gewesen, das er besser ganz fortbliebe, weil seine Faassung gewissermaessen die Beziehungen Frankreichs zu Preussen, das ja seinen Handelsvertrag fir und fertig habe, in noch roessigerem Lichte als jene zu Oesterreich haette erscheinen lassen.

P. Leipzig, 24. Jan. [Groesse Volksversammlung durch den Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein.] Die gestern Abend abgehaltene, von den hiesigen Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins einberufene Volksversammlung im Odeon war sehr zahlreich (von ueber 3000 Personen) besucht. Der Einladung zufolge hatten sich auch viele Frauen eingefunden, faer welche auf einer Seite der obern Galerie Plaetze reservirt waren. Die Versammlung wurde um 8 Uhr durch den Bevollmaechtigten der hiesigen Vereinigungsgemeinde, Herrn Steinert, eroeffnet, welcher einleitend bemerkte, das die politischen und socialen Bewegungen der letzten Jahre Parteien hervorgezuehrt haben, denen gegenueber die heutige Versammlung zur Aufklaerung dienen sollte. Bei der hierauf folgenden Wahl eines Vorsiehenden wurde mit groessster Majoritaet Herr Steinert gewaehlt, worauf Hr. Richter aus Dresden, mit allgemeinem Applaus empfangen, die Tribuene betrat, um einen Vortrag „ueber unsere Zukunft“ zu halten. Redner bemerkte zueruehst, wie der Umstand, das ihm in der vor vierzehn Tagen in denselben Raemern abgehaltenen Volksversammlung (wo ueber wir seinerzeit bericht-